

Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Bauen, Straßen und Feuerwehren

am Dienstag, dem 15.02.2011, 19:00 Uhr,

im Rathaus in Friedeburg

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Harald Dirks, Wiesede (Vorsitzender)
Peter Assing, Friedeburg
Maike Eilers, Abickhufe
Eva Grüßing, Bentstreek
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Hans-Otto Rasche, Friedeburg
Ingo Renken, Friedeburg
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ beratende Mitglieder

Gerholt Renken, Gemeindebrandmeister
Verena Getrost, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Bürgermeisterin Karin Emmelmann
Techn. Angest. Sven Corbes
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
Verw.-Angest. Stefan Renken (bis einschl. TOP 8)
Verw.-Angest. Selma Arians, Protokollführerin

TOP 1: Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2: Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgemäß mit Schreiben vom 04.02.2011 zu der Sitzung eingeladen worden sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung

Rh. Rasche beantragte, den TOP 14 vorzuziehen. Einstimmig wurde zugestimmt, die Tagesordnungspunkte 5 und 14 zu tauschen. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

TOP 4: Genehmigung der Niederschriften vom 26.10.2010 (Drucksache Nr. 2006-11/BSF/029) und 23.11.2010 (Drucksache Nr. 2006-11/BSF/030)

Mit 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen wurden die Niederschriften vom 26.10.2010 und 23.11.2010 genehmigt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt.

TOP 14: Umweltverträgliche Nutzung der im Rahmen der Hohlraumerschließung durch die IVG anfallende hoch gesättigte Salzsole (Antrag der FWG-Ratsfraktion vom 02.02.2011) - Drucksache Nr. 2011-025

Rh. Rasche begründete den Antrag der FWG ausführlich. Er berichtete, dass allein von der IVG jährlich 42 Mio. Kubikmeter gesättigte Salzsole in die Nordsee eingeleitet würden und seines Erachtens eine hohe Belastung für die Nordsee sei. Die IVG habe bereits in den letzten 10 Jahren zusammen mit der Industrie in Wilhelmshaven die Überlegungen gehabt, Sole wirtschaftlich zu nutzen. Die Aufbereitung erfordere jedoch hohe Investitionen. Nach Aussage der Autobahnstraßenmeisterei sei die Aufbringung von Sole auf Straßen bereits üblich und könne bei Glatteis oder aber vorbeugend eingesetzt werden. Die Sole könne gezielter in genau abgegrenzten Bereichen und schneller als Streusalz aufgebracht werden (zweispurig 60 km in einer Stunde), und eine Lagerung sei im Gegensatz zum Streusalz auch einfacher. Er erklärte, dass 40 Mio. Kubikmeter Salzsole 80 Mio. Kubikmeter Streusalz im Jahr ersetze. Diese Maßnahme sei somit wesentlich kostengünstiger.

Weiter führte Rh. Rasche aus, dass die Sole der IVG über eine Pipeline beim Jade-Weser-Port, WHV, abgeleitet werde und die Möglichkeit für interessierte Unternehmen bestünde, dort ohne Weiteres eine Zapfanlage anzuschließen, und einer europaweiten Vermarktung nichts im Wege stehe. Für die Gemeinde Friedeburg sei es möglich, eine Zapfanlage bei der Kläranlage Horsten zu installieren. Er schlug vor, diese Angelegenheit zunächst nicht öffentlich im IVG-Beirat zu diskutieren und bat die Gemeinde, Kontakt mit der IVG aufzunehmen. Seines Erachtens könne das Salz unbedenklich verwendet werden.

Rh. Assing ergänzte, dass Salzsole auch für gesundheitliche Zwecke verwendet werden könne, z. B. in Kurorten wie Bad Salzuflen. Mit dem Antrag solle ein Anfang gemacht werden, um das Salz von der Nordsee fernzuhalten.

Rh. Lohfeld hielt eine Verwendung der Salzsole ebenfalls für sinnvoll und plädierte auch dafür, die erforderlichen Kontakte herzustellen.

Die BM begrüßte die Idee und verwies auf einen Artikel in den „Westfälischen Nachrichten“ vom Dezember 2010. Sie berichtete, dass der Einsatz von Salzsole für den Winterdienst zur Zeit auch in Epe in der Stadt Gronau getestet werde. Es sei ihrer Meinung nach eine gute, wenn nicht sogar bessere Alternative zum Streusalz.

Rh. Rasche war der Meinung, dass die Gemeinde Friedeburg nicht auf andere Kommunen warten solle. Die Gemeinde Friedeburg verfüge über entsprechende Fahrzeuge, die ohne Weiteres umgerüstet werden könnten.

Der Vorsitzende sprach sich dafür aus, über den Antrag der FWG-Ratsfraktion abzustimmen.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Idee zur Nutzung der ansonsten nutzlos und umweltschädlich in die Nordsee eingeleitete Salzsole wird aufgegriffen. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Gespräche zwischen Rat, IVG und Verwaltung anzuschieben. Hierbei ist auch der Kavernen-Beirat einzubeziehen.

**TOP 6: Kavernenanlage Etzel - Unterstützung durch die örtlichen Feuerwehren
(Drucksache Nr. 2010-094/2)**

Nach einleitenden Worten der BM erläuterte techn. Angest. Corbes ausführlich die Thematik um die angefragten feuerwehrtechnischen Unterstützungsleistungen. Es sei vor dem Abschluss einer Vereinbarung eine Abprüfung denkbarer Einsatzszenarien mit den Möglichkeiten der örtlichen Feuerwehr durch externe Berater erforderlich.

Rh. Renken sprach sich dafür aus, eine Vereinbarung schnellstens auf den Weg zu bringen, und bat darum, dass der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werde, dass der Vereinbarungsentwurf dem Rat in der nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen sei.

Rh. Lohfeld machte deutlich, dass die SPD-Ratsfraktion grundsätzlich keine Bedenken, jedoch ein ungutes Gefühl habe, wenn man über mögliche Szenarien nachdenke, die über die geforderten Unterstützungsleistungen durch die örtliche Feuerwehr hinausgehen könnten. Für die Feuerwehr dürften keine Nachteile durch die Bereitschaft entstehen. Deshalb machte er den Vorschlag, eine „wasserfeste“ Vereinbarung mit Hilfe eines externen und unabhängigen Fachberaters mit Einbindung der Feuerwehr auf den Weg zu bringen. Er warnte vor einer zu schnellen Entscheidung. Die Sicherheit müsse im Vordergrund stehen.

Rh. Assing bat um Zustimmung zum Beschlussvorschlag und vertrat ebenfalls die Meinung, dass keine Eile geboten sei und eine vernünftige Vereinbarung erzielt werden solle.

Rh. Rasche war der Meinung, dass Eile nur von der IVG ausgehe, die eine Vereinbarung für das Genehmigungsverfahren benötige. Er wies darauf hin, dass es auf dem Kavernengelände mehrere Betreiber und somit viele Ansprechpartner und Überlegungen gäbe. Er machte den Vorschlag, das Gelände einzuzäunen, nur eine Zufahrt anzulegen und nur einen Ansprechpartner zu bestimmen.

GemBM Renken hielt es ebenfalls für sinnvoll, nur einen Ansprechpartner für alle Betreiber zu bestimmen, der dem Einsatzleiter der Gemeindefeuerwehr klare Einweisungen gäbe, wie z. B. welche Gerätschaften benötigt würden und welche Gefahren beständen. Eine Eingrenzung der Gefahrenzonen sei für die Einsatzplanung sinnvoll. Das Überschreiten dieser „Linie“ bedürfe dann jeweils einer Freigabe durch den Betreiber. Konkrete Regelungen müssten mit den einzelnen Betreibern noch abgeklärt werden. Sämtliche Kosten einschließlich der für erforderliche Schulungen müssten von den Betreibern übernommen werden.

Rh. Assing merkte an, dass man bezüglich der Geldleistungen vorsichtig sein solle und dieses nicht zur Bedingung gemacht werden dürfe. Rh. Renken war der Meinung, dass man Geld zwar nicht zur Bedingung machen solle, aber der Steuerzahler auch nicht dafür aufkommen dürfe.

Die BM verwies auf die bereits geführten Gespräche mit den Betreibern, der IVG, verschiedenen Fachleuten und auch auf den Kontakt zu den Betreibern und zur Feuerwehr in Epe sowie auf die Informationsveranstaltung vom 27. Januar 2011. Eine Vereinbarung könne vorbereitet und abgeschlossen werden, wenn es denn politisch gewollt sei. Unerlässlich sei eine sorgfältige, in fachlicher und juristischer Sicht einwandfreie Vorbereitung. Eile sei hierfür kein guter Berater.

Rh. Rasche machte darauf aufmerksam, dass es sich um eine der größten Baustellen in der Bundesrepublik handle und die Erarbeitung eines guten Konzeptes viel Zeit in Anspruch nehme, sorgfältig erfolgen müsse und man der Verwaltung keinen Vorwurf machen könne.

GemBM Renken befürwortete ebenfalls, eine neutrale Fachkraft zur Beratung hinzuzuholen, damit nichts übersehen werde.

Rh. Assing wies darauf hin, dass die Berufsgenossenschaft hierfür möglicherweise ein Ansprechpartner sei. Seines Erachtens solle die IVG ihren Anteil dazu beitragen und erforderliche Lehrgänge bezahlen.

Rfr. Grüßing beantragte, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vereinbarungsentwurf mit den Kavernenbetreibern für Unterstützungsleistungen im Bereich des Brandschutzes und sonstiger Hilfeleistungen durch die örtlichen Feuerwehren zu erarbeiten und über den Fachausschuss und dem VA dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

TOP 7: An- und Umbau Feuerwehrhaus Etzel, Antrag der Ortsfeuerwehr Etzel (Drucksache Nr. 2011-011)

Verw.-Angest. Goetz erläuterte die Vorlage anhand eines Grundrisses des vorhandenen Feuerwehrgebäudes und die möglichen Erweiterungsmaßnahmen. Er bat um Zustimmung des Beschlussvorschlages.

Rh. Rasche wies darauf hin, dass im Hinblick auf die Entwicklung der IVG eine bessere Ausstattung der Feuerwehr erforderlich sei und die Angelegenheit deshalb in einem halben Jahr diskutiert werden solle. Die weiblichen Mitglieder der Feuerwehr könnten vorübergehend die Toiletten im benachbarten Kindergartengebäude nutzen.

Verw.-Angest. Goetz erläuterte, dass mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung lediglich der Auftrag erteilt werde, mit der Planung zu beginnen und konkrete Pläne dann dem Fachausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt würden.

Rh. Zimmermann verwies auf die Feuerwehr in Wiesede. Das dortige Feuerwehrhaus sei vor ein paar Jahren erweitert und mit einer zusätzlichen Toilette für die weiblichen Mitglieder ausgestattet worden. Durch diese Maßnahme sei die Feuerwehr für weibliche Mitglieder auf jeden Fall attraktiver geworden. Mittlerweile seien drei Kameradinnen in die Wieseder Feuerwehr eingetreten.

GemBM Renken unterstrich, dass zunächst konkrete Pläne erarbeitet und in einem halben Jahr vorgestellt werden sollten.

Rh. H. Hinrichs bat um Abstimmung.

Rh. Renken machte darauf aufmerksam, dass die IVG Löschvorrichtungen vorhalte und dieses auch bei der Planung berücksichtigt werden sollte.

Rfr. Grüßing war ebenfalls der Meinung, bei einer Planung die Pläne der IVG mit einzubeziehen.

Rh. Lohfeld beantragte die Abstimmung.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Von den Um- und Ausbauwünschen der Ortsfeuerwehr Etzel wird Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit der Ortsfeuerwehr

konkrete Pläne zu erarbeiten und über den Fachausschuss dem VA zur Entscheidung vorzulegen.

TOP 8: Zustand Industriestraße, Friedeburg, Antrag Anlieger (Drucksache Nr. 2011-021)

Der anwesende OV Rickels machte auf den sehr schlechten Zustand des Gehweges auf der Westseite der Industriestraße aufmerksam und verwies auf den von ihm vor drei Jahren gestellten Antrag auf Sanierung des Gehweges. Der Zustand habe sich deutlich verschlechtert. Seiner Ansicht nach sei ein vernünftiger Unterbau unbedingt erforderlich. Er bat dieses zu überdenken und um Umsetzung im Frühjahr.

Verw.-Angest. Goetz erläuterte detailliert die Vorlage und bestätigte den sehr schlechten Zustand des Gehweges.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Auf dem Teilabschnitt der Industriestraße von der B 436 bis zum Russlandweg in Friedeburg sind Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Das Ergebnis sowie der sich daraus beim Landkreis zu stellende verkehrsbehördliche Antrag sind dem VA über Fachausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Die festgestellten Schäden am Gehweg der Industriestraße werden im Rahmen der diesjährigen Straßenbereisung in Augenschein genommen. Vorhandene gefährliche Stolperstellen sind zu beseitigen, sobald es die Witterung zulässt.

TOP 9: Wirtschaftswegebau 2011 (Drucksache Nr. 2011-003)

Techn. Angest. Corbes erläuterte die Vorlage.

Rh. Rasche war der Meinung, dass sich die Anlieger an den Kosten beteiligen sollten, damit nicht der Steuerzahler hierfür aufkommen müsse. Hinsichtlich der Entwicklung der landwirtschaftlichen Fahrzeuge sei seines Erachtens eine Tonnenbeschränkung die beste Voraussetzung für einen längerfristigen Erhalt der Straße. Bezüglich der Kostenschätzung bat er um Erläuterung der in der Vorlage genannten Fördermittel. Techn. Angest. Corbes erklärte, dass eine Zuwendung in Höhe von 50 % der förderfähigen Nettoausbaukosten erfolge, nicht 50 % der Brutto-Gesamtkosten. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Tonnenbeschränkung merkte er an, dass diese Angelegenheit in einem separaten Tagesordnungspunkt behandelt werden sollte.

Rfr. Grüßing begrüßte eine Diskussion bezüglich der Tonnenbegrenzungen. Sie wies darauf hin, dass der Weg am Cu bereits zugunsten des Friedhofsweges zurückgestellt worden sei und sich in einem sehr schlechten Zustand befinde. Sie bat um Zustimmung des Beschlussvorschlages.

Rh. Assing machte deutlich, dass die FWG-Ratsfraktion ohne Straßenbeitragsatzung dieser Maßnahme nicht zustimme und hielt eine Tonnenbeschränkung ebenfalls für erforderlich.

Rh. Lohfeld bat um Abstimmung.

Rh. Rasche beantragte mündlich, in der nächsten Fachausschusssitzung die Angelegenheit „Tonnenbeschränkungen auf Gemeindestraßen in der Gemeinde Friedeburg“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen wurde folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der LGLN Aurich einen Förderantrag für den Ausbau des Weg am Cu in Bentstreek zu stellen.**
- 2. Nach Erhalt des Zuwendungsbescheides und Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel ist eine Ausschreibung durchzuführen. Über die Auftragsvergabe entscheidet der Verwaltungsausschuss.**

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt.

TOP 10: Bezuschussung Friedhofskapelle Marcardsmoor (Drucksache Nr. 2011-014)

Rh. Rasche stellte den Antrag auf Nichtbehandlung dieses Tagesordnungspunktes. Dieser Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen angenommen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

TOP 11: Entwidmung des Immenweges im Naturschutzgebiet "Kollrunger Moor" (Drucksache Nr. 2011-022)

Techn. Angest. Corbes erläuterte die Vorlage und verdeutlichte anhand einer Luftbildaufnahme die Eigentumsverhältnisse des Weges. Er wies darauf hin, dass in dieser Angelegenheit der Rat zu entscheiden habe.

Rh. Zimmermann machte auf eine Weide aufmerksam, deren Eigentümer weiterhin ein Überwegungsrecht gewährt werden müsse.

Rh. Rasche gab den Hinweis, an abgesicherte Überwegungen zu denken, die evtl. in den letzten Jahren nicht mehr genutzt worden seien, aber immer noch Bestand hätten.

Verw. Angest. Corbes erklärte, dass das gemeindeeigene Flurstück keinen Kontakt zum eigentlichen Immenweg habe. Im Grundbuch abgesicherte Rechte würden im Verfahren abgeprüft werden.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurden folgendem Beschlussvorschlag zugestimmt:

Dem Rat wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Entwidmung des Immenweges wird zugestimmt und somit dem Antrag des Landkreises Wittmund entsprochen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Einziehungsverfahren des Immenweges gemäß § 8 Niedersächsisches Straßengesetz einzuleiten.

TOP 12: Radwegeverbindung Upschörter Straße / Hauptstraße in Wiesedermeer (Antrag Ortsvorsteher Zimmermann vom 10.01.2011 sowie 10.12.2009) - Drucksache Nr. 2011-024

Rh. Zimmermann erläuterte seinen Antrag und wies darauf hin, dass er bereits im Dezember 2009 einen Antrag gestellt habe, der aufgrund der schlechten Haushaltslage einvernehmlich zurückgestellt worden sei. Er machte den Vorschlag, im Rahmen der Planung des Wanderweges an der Radarstraße den von ihm beantragten Radweg mitzuplanen. Er bat um Planung in diesem Jahr.

Rh. Rasche beantragte, die Angelegenheit zunächst an die Fraktionen zurückzuverweisen.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde dem Antrag von Rh. Rasche zugestimmt, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückzuverweisen.

TOP 13: **Ausbauvorschläge am Horster Gierhörner Weg (Antrag Rh. Theo Hinrichs vom 17.01.2011) - Drucksache Nr. 2011-019**

Techn. Angest. Corbes erläuterte den Antrag, da Rh. Theo Hinrichs nicht anwesend war. Er wies in dieser Angelegenheit auf mögliche Erschließungskostenbeiträge hin.

Rh. Lohfeld zeigte sich verwundert über den Antrag von Rh. Theo Hinrichs und zweifelte an, dass die Angelegenheit mit dem OV Horsten abgesprochen worden sei. Er erinnerte an die vorangegangenen Diskussionen mit dem Ziel, einen Endausbau und letztendlich eine Betragspflicht für die Anwohner zu vermeiden. Der durchgeführte Ausbau sei seines Erachtens ausreichend und von der Allgemeinheit so gewollt.

Rh. Rasche erinnerte an das Gutachten von Dr. Klausning und wies darauf hin, dass bei einem weiteren Ausbau Erschließungskosten fällig würden und bezweifelte, dass die Anwohner und Horster Bürger weitere Maßnahmen begrüßen würden. Der Antrag von Rh. Theo Hinrichs müsse seiner Meinung nach verworfen werden.

Rfr. Grüßing war ebenfalls überzeugt davon, dass der Gierhörner Weg gut ausgebaut worden sei und dass die Horster zufrieden seien. Sie bat, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde der Antrag von Rh. Theo Hinrichs abgelehnt.

TOP 5: **Planentwurf Radweg B 436 Friedeburg - Wiesmoor (Drucksache Nr. 2009-137/1)**

Der zu diesem TOP eingeladenen Vertreter der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) war zur Sitzung nicht erschienen.

Auf die Frage von Rh. Rasche, ob die öffentlichen Planungsunterlagen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden könnten, erklärte techn. Angest. Corbes, dass diese zur Zeit noch im Entwurfsstadium seien. Sobald diese fertig gestellt seien, könne in Absprache mit der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Aurich, eine CD mit den endgültigen Planungen zur Verfügung gestellt werden.

Einstimmig mit 9 Ja-Stimmen wurde empfohlen, diesen TOP in der nächsten Fachausschusssitzung zu behandeln. Es erfolgte keine Beschlussempfehlung.

TOP 15: **Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**

Die BM berichtete über folgende Angelegenheiten:

1. Mit Schreiben vom 14.01.2011 hat die Ortsfeuerwehr Reepsholt die Einrichtung einer Stützpunktfeuerwehr in Reepsholt beantragt. Der Kreisbrandmeister, der Gemeindebrandmeister und das Gemeindegemeinschaft wurden um Stellungnahme zu diesem Antrag gebeten. Nach Eingang der Stellungnahmen wird der Antrag dem VA über den Fachausschuss für Bauen, Straßen und Feuerwehren zur Beratung vorgelegt.
2. Hinsichtlich der Änderung eines VA-Beschlusses (letzte BU-Sitzung am 10.02.2011, TOP 8 „Windschutzgehölze in Etzel“ und TOP 6 „Bebauungsplan Nr. 2 von Friedeburg, Am Stroot, 1. Änderung“) hat uns der Nds. Städte- und Gemeindebund auf unsere Anfrage heute folgende Rechtsauskunft erteilt: Natürlich kann der Fachausschuss seinen Beschluss, der Grundlage des VA-Beschlusses ist, ändern, und zwar auch ohne dass zuvor der VA seinen Beschluss aufgehoben hat. Dass der VA das dann tun könnte, könnte gerade Ziel des Beschlusses des Fachausschusses sein.

Rh. Assing empfahl jedoch zur eigenen Rechtsicherheit eine Aufhebung des VA-Beschlusses im Einzelfall im Voraus vorzunehmen.

TOP 16: Anfragen und Anregungen

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

TOP 17: Schließung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 21:02 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführerin